Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. [illegible]
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. August 1932

Inf. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Schleichende Krise?

SPD. Das deutsche Volk gilt in der Welt immer noch als"unpolitisch", trotz der vielen aufeinanderfolgenden Wahlen, trotz des weitestgehenden Wahlrechts, und trotz einer bis ins äusserste gesteigerten Wahlbeteiligung, die wirklich die Massen der Wähler in den politischen Kampf mitgerissen hat.

Das Verhalten der deutschen Oeffentlichkeit gegenüber den anmassenden "Forderungen" und Aufschneidereien der sogenannten Hitlerbewegung gibt auch heute dem alten Urteil einen Schein von Berechtigung. Wenn man von der politisch geschulten sozialistischen Arbeiterschaft absieht, so findet man vielfach eine geradezu erstaunliche Unkenntnis über die politischen Zusammenhänge und eine politische Teilnahmslosigkeit, die kaum noch mit der lastenden Gluthitze erklärt werden kann. Kennzeichnend ist dabei,dass eine gründliche Kenntnis der durch die Verfassung des Reichs dem Volke gesicherten Rechte ersetzt wird durch ein schwankendes Fragen nach dem,was morgen oder übermorgen etwa "werden" könnte.

Dabei spielen phantastische Vorstellungen über die politische Potenz der gegenwärtigen Regierung oder einzelner ihrer Mitglieder eine besondere Rolle. Der Riesenstab ehemaliger Offiziere, der sich im Nazilager angesiedelt hat, vermochte es durch jahrelange Wiederholung der Methoden bekannter Kriegsberichterstattung, aus dem kleinen Möchtegern=Politiker aus Oesterreich=Braunau zunächst den eigenen Anhängern und dann auch weiteren Kriesen der versinkenden Mittelschichten ein Phantom des "grossen Führers" aufzublasen. Nicht das System der systematischen agitatorischen Bearbeitung mit der Messias=Legende ist verwunderlich, wohl aber das absolute Versagen des politischen Selbstgefühls bei jenen Schichten, die bis vor kurzem in den sogenannten Mittelparteien ihre politische Vertretung sahen. Hier ist der [illegible]entliche Punkt der tatsächlichen Krise zu suchen. Wäre in den Reihen der bürgerlich=mittelparteilichen Wähler auch nur ein Mindestmass von eigener politischer Erkenntnis und daraus entsprungenen politischen Wellen vorhanden,so hätte es unmöglich sein müssen,dass die militärischen Rattenfängermelodien für Hitler einen so grossen Erfolg haben konnten. Aber dieses Mindestmass von gewachsenem politischen Bewusstsein fehlte. Es wurde zumeist ersetzt durch rollende Reden von "nationalen Belangen",unter denen sich jeder etwas anderes vorstellen konnte. So kam es,dass diese "national" und nur "national" empfindenden Kreise sich schliesslich bei den Prinzen und Baronen fanden, die Hitlers "Arbeiter"partei heute bevölkern. Denn die militärischen Propagandachefs der Firma NSDAP verstanden das rollende "nationale" Pathos noch besser, als die Kleinen um Dingeldey und Hugenberg. Sie verstanden es so gut,dass sie heute behaupten können, "das nationale Deutschland" sei im Lager Hitlers "vereint"!

Nun mögen die mehr oder minder bedeutenden Führer der auch=nationalen Mittelparteien auf ihren Grundsätzen und Parteiresten trauernd festsitzen, wie Marius auf den Trümmern von Karthego. Für die gibt es kaum ein Wieder=

aufleben ihres politischen Einflusses. Aber für politische Entscheidungen, die nach wie vor das Interesse jedes Einzelnen fordern, kommt es nicht auf die verkrachte Führerweisheit an, sondern auf das selbstbewusste politische Wollen des namenlosen Deutschen schlechthin. Das Gerede vom "Führertum" hat die Parteigebäude des Bürgertums geschlagen, aber der Anteil dieses -noch nicht sozialistischen- Bürgertums an der politischen Kräfteverteilung bleibt bestehen. Das tritt besonders deutlich zu Tage in diesen Wochen nach der Reichstagswahl, in denen über die weitere Führung des Reiches entschieden wird.

Hat man auf der einen Seite den kleinen Hitler zu einem grossen Gummimann - stahlhart natürlich, prima Ware! - aufgepustet, so sind geschäftige Zungen und Federn am Werk, um den politisierenden Reichswehrgeneral und jetzigen Wehrminister zu dem "grossen Gegenspieler" Hitlers um- und aufzudeuten. Praktisch ist damit nichts gewonnen für die Frage, was nun in der politischen Führung des Reichs werden solle. Zwar ist Adolfs Mussolini-Traum zunächst zerstört. Aber das die Regierung Papen-Schleicher-Gayl mit ihrem Reichskommissariat für Preussen einfach still und ungestört weiter amtieren könne, ist schon um deswillen unmöglich, weil diese Regierung der Barone ausser dem Herrenklub und vielleicht der kleinen Hugenberg-Gruppe nichts hinter sich hat. Wenn anders sie nicht einen ganz ausgesprochenen Verfassungsbruch mit dem Charakter des Staatsstreichs begehen will, muss sie sich dem Reichstag stellen, den sie selbst hat - in leichtgläubigem Vertrauen auf den Wert Hitlerischer Zusagen - wählen lassen, um den Willen des Volkes zu erkunden. Diese Meinungsäusserung des Volkes bedeutet für die Regierung der Barone eine so offenherzige Absage, dass sie mit einem fast einhelligen Misstrauensvotum des Reichstags sicher rechnen muss.

Das wichtigste aber wird sein, was danach kommt! Es ist nicht von ungefähr, dass in der Zentrumspresse mit betonter Deutlichkeit die abgerissenen Verhandlungsfäden wieder aufgenommen werden. Das Ziel des Zentrums ist augenscheinlich, unter Wahrung der verfassungsmässigen Zustände die Hitlerleute vor den Reichswagen zu spannen, damit die Ungebärdigen politische Manieren lernen. Aber ob dieses Ziel erreicht wird, erscheint zunächst noch sehr zweifelhaft. Die schleichende Krise wird noch einige Zeit andauern. Aber sie wird hoffentlich das eine Gute haben, dass sie das politische Interesse und damit auch die politische Erkenntnis wieder wachruft in jenen Kreisen des Volkes, die bisher dem "Führergedanken" ihren politischen Intellekt geopfert hatten!

SPD. Der deutschnationale Abgeordnete zum Preussischen Landtag, von Morosowicz, hat sein eben erst erlangtes Mandat niedergelegt. Er begründet das damit, dass der Stahlhelm, dessen Berliner Führer er ist, "betont überparteilich" sei und dass er deshalb in Konflikt zwischen Stahlhelm- und deutschnationaler Parteipflicht geraten könnte.

SPD. Paris, 16. Aug. (Eig. Drahtb.)

Ein Postdampfer der französischen Flugverkehrslinie Aero Postale, die den Flugdienst nach Südamerika versieht, ist am Sonnabend in einen schweren Sturm geraten und untergegangen. Von den 22 Mann der Besatzung konnte niemand gerettet werden.

SPD. Breslau, 15.Aug. (Eig.Drahtb.)

Der 2.Verhandlungstag vor dem Breslauer Sondergericht im Ohlauer Landfriedensprozess begann um 8 Uhr morgens mit der Feststellung, dass tatsächlich 5 angeklagte Reichsbannerleute aus Würben am Tage des Zusammenstosses bereits gegen 8 Uhr abends Ohlau verlassen hatten. Infolge eines merkwürdigen Irrtums der Voruntersuchung hatte man angenommen, dass auch ihre Fahrräder von der Polizei beschlagnahmt worden seien. In Wirklichkeit waren die Reichsbannerleute zur Ablieferung ihrer Räder erst am Mittwoch, also vier Tage nach dem Vorfall, aufgefordert worden.

Als erster Zeuge wird der Ohlauer Erste Bürgermeister Haunschild vernommen. Er weiss über die Angeklagten nichts Ungünstiges auszusagen. Den Gewerkschaftssekretär Mansche, den er schon seit langem kennt, bezeichnet er als einen besonnenen Mann, der erst unlängst bei einer Erwerbslosendemonstration beruhigend auf die erregte Menge eingewirkt hatte. Der Bürgermeister erhielt erst bei den Zusammenstössen in der August-Feigestrasse Kenntnis von den Unruhen in seiner Stadt. Der Reichsbannerführer Blech trat an ihn heran und forderte von ihm: "Sorgen Sie dafür, dass die SA. aus Ohlau herauskommt und schützen Sie unsere Angehörigen!" Bürgermeister Haunschild forderte darauf Landjägerei an, da er nur über fünf Polizeibeamte verfügte. "Ich befahl dem leitenden Beamten, die SA.-Autos aus der Grottkauerstrasse (der Zufuhrstrasse aus Brieg) anzuhalten, um sie dann in Begleitung von Polizeibeamten durch Ohlau zu leiten. Diese Anordnung ist nicht befolgt worden". Bei Haunschild rief darauf die Brieger Polizei an und fragte, was denn in Ohlau los sei. Man habe in Brieg telefonisch und durch Motorradfahrer Kenntnis von den ersten Zusammenstössen in Ohlau erhalten. "Ich versuchte, die Brieger Polizei zu veranlassen, die SA.-Leute in Brieg zurückzuhalten, aber man erwiderte mir, sie seien schon abgefahren. Kurz darauf rief ich das Breslauer Ueberfallkommando zu Hilfe." Verteidiger Dr. Braun fragte den Zeugen, ob er zu einem Arzt geäussert habe: "Nun wird es endlich dazu langen, das Reichsbanner zu verbieten." Der Staatsanwalt beanstandete diese Frage und verlangte einen Gerichtsbeschluss darüber, ob sie zum Beweisthema gehöre. Das Gericht bejahte das und Bürgermeister Haunschild bekundet: "Ich habe das nicht gesagt".

Der nächste Zeuge, Oberlandjäger Schön, führte die Aufsicht über die Reichsbannerveranstaltung in Laskowitz. Erst auf das Befragen des Angeklagten, Landarbeitersekretärs Strulik, erinnerte er sich der Verpestung der Festwiese durch Stinköl. Was er in der Voruntersuchung über eine angebliche Hetzrede Durnicks gesagt hat, beruht auf einer Verwechslung.

Oberwachtmeister Philippowski: Bürgermeister Haunschild gab Anweisung, wir sollten acht geben, dass nichts passiert, wenn die Nationalsozialisten aus Brieg zurückkehrten. Auf dem Ringe waren SA-Leute von ihrem Auto abgesessen und hielten ihre Schulterriemen in der Hand. Ich gab den Befehl, sofort das Auto wieder zu besteigen. Da sagte der SA-Führer: "Wenn Sie nicht Ordnung schaffen, werden wir es tun." Ich erwiderte darauf: "Das ist nicht nötig." Ich ging die August Feigestrasse hinunter nach dem Schlossplatz; da kamen mir Reichsbannerleute entgegen. Vom Ring aber kam gleichzeitig ein Auto mit SS-Leuten, der Führer eines Autos gab den Befehl, auf die Reichsbannerleute loszustürmen. Der Führer des Reichsbanners Durnick sagte seinen Leuten: "Nicht provozieren! Zurück!" Inzwischen waren aber die SS-Leute schon bis zur Mitte der August Feigestrasse vorgedrungen. Ich ging ihnen entgegen und konnte nicht verhindern, dass die Reichsbannerleute mir folgten. Es kam hier zu einem Zusammenstoss, bei dem auf der einen Seite die Schulterriemen auf der anderen Zaunlatten als Waffen benutzt wurden. Nach dieser Schlägerei ging ich nach der Oderstrasse, wo ein grosser Zug von SA-Leuten in Richtung auf die Ohlebrücke zumarschierte. Auf Befragen erklärten sie, sie wollten an der Spitze marschierende Kameraden, die auf dem jenseitigen Ohleufer wohnen, begleiten. Der grösste Teil der Begleiter waren Breslauer SA-Leute.

Ich sah, wie mehrere SA-Leute zu wiederholten Malen auf Einwohner einschlu-

gen, die ruhig vor ihren Häusern standen. Jch bemerkte, wie einem der Bewohner das Abzeichen der drei Pfeile abgerissen wurde. Plötzlich ertönten Schüsse aus den hinteren Reihen. Jch eilte zurück und auf Befragen erfuhr ich, dass aus dem Hause Oderstrasse 27 geschossen worden sein sollte. Jch begab mich in das Haus und musste feststellen, dass nicht aus dem Hause geschossen worden ist, sondern dass zwei Frauen durch fünf Schüsse schwer verletzt worden sind, die von Nationalsozialisten vom Hausflur aus durch die Wohnungstür hindurch abgegeben worden waren. (Es handelt sich um die Frau des Arbeiters Karkus und ihre Nachbarin). Als das Schutzkommando aus Breslau ankam, fielen vom Steindamm her etwa zwanzig Schüsse. Ein SA-Mann wurde tödlich getroffen.

Rechtsanwalt Förder fragt den Zeugen: "War Durnick bewaffnet?" Zeuge: "Nein" Rechtsanwalt Dr. Braun: "Hat Durnick seine Leute zurückgerufen?" Zeuge: "Ja."

Der nächste Zeuge, Oberlandjäger Ramel, gibt an: "Auf dem Ringe kamen über 100 Leute der Eisernen Front mir entgegen. Jch benachrichtigte meine Beamten und hörte, die Roten (!!) hätten den Bahnhof besetzt. Jn der Oderstrasse habe eine Schiesserei stattgefunden. Jch begab mich nach der Oderstrasse und sah die Nationalsozialisten auf die Oderbrücke zumarschieren. Jch gab ihnen den Rat, in Peisterwitz sollten sie von den Autos absteigen und durchmarschieren, weil die Gefahr bestand, dass die dort wohnenden Kommunisten sie anfallen könnten. Jch fuhr mit den Beamten zurück zum Ring, wo ungefähr fünf bis sechs Lastautos mit Nationalsozialisten standen. Diese brüllten im Sprechchor: "Wer hat uns verraten?" Den zweiten Teil des Wechselrufes konnte ich nicht verstehen. (!!!) Jch gebot Ruhe. Die Autos fuhren nun die August Feigestrasse hinunter. (Die August Feigestrasse führt vom Ring nach dem Schlossplatz. Die Red.) Die letzten beiden Wagen hielten plötzlich an; die vorderen Wagen sollten beschossen worden sein. Jch sah auch einige Verwundete kommen. Wir gingen gegen die Ohlebrücke (am Ende des Schlossplatzes auf dem Wege nach Breslau) vor. Hier war an und auf der Brücke eine Menschenmenge versammelt, die sich teilweise mit Zaunlatten bewaffnet hatte. Bei etwa 20 m Entfernung rief ich: "Zurück! Strasse frei! Polizei." Drei bis vier Leute standen als erste auf der Brücke und wollten nicht weichen. Wir schlugen mit Gummiknüppeln zu. Als die Leute von der Brücke schon herunter waren, fielen von links (jenseits der Ohle) vom Doktordamm her eine Anzahl Schüsse. Wir erwiderten das Feuer. Darauf liess ich die SA-Leute antreten. (?!) Etwa gleichzeitig kam auch das Ueberfallkommando aus Breslau und erhielt bei seinem Eintreffen am Steindamm Feuer. Später unternahmen wir, in einer Schützenkette die Gebüsche in der Nähe des Konsumvereins abzusuchen. Wir fanden zwei Nationalsozialisten versteckt, die uns sagten: "Aus dem Konsumvereinslager ist geschossen worden." (Merkwürdig! Die Polizei vermutet in diesen Gebüschen Angehörige der Eisernen Front und findet - zwei SA-Leute, die sich in der Nähe des Konsumvereinshauses versteckt haben, aus dem - - geschossen worden sein soll!!!) .

Der Landjägermeister Golemia sagte aus: "Jch war als erster auf der Postbrücke (Ohlebrücke, auf der ein SA-Mann totgeschlagen wurde). 50 bis 60 Nationalsozialisten folgten mir und schrien: "Drauf, drauf!". Von der Schiesserei habe ich nichts gehört." Oberlandjäger Oelschläger: bekundet, dass die auf der Ohlebrücke stehenden Reichsbannerleute keinen Widerstand geleistet hätten. Schornsteinfegermeister Ludwig, ein guter Bekannter der Gastwirtin Otto vom "Walfisch", war um 8 Uhr in das Lokal gekommen und sah, wie die eintreffenden Reichsbannerleute sich friedlich zum Glase Bier setzten. Kurze Zeit darauf erschoss der Ruf: "Alles raus!" Ein Teil der Reichsbannerleute ging fort und kam nach 20 Minuten wieder. Eine halbe Stunde nach ihrer Rückkehr rief wieder jemand: "Alles raus!" Nunmehr eilten sämtliche Reichsbannerleute nach der Stadt. Das Lokal wurde verschlossen und alles Licht ausgelöscht. Ludwig blieb in der Wohnung der Frau Otto bis nachts um ½2 Uhr. Er hat den Gewerkschaftssekretär Manche (eine stadtbekannte Persönlichkeit) überhaupt nicht gesehen. Die Gastwirtin Frau Otto hörte gegen ½10 Uhr den Ruf: "Alles raus auf den Ring! Wir werden überfallen!"

Die Aussagen des SA-Mannes Seidel stellen authentisch fest, dass der Beginn der Schlägerei von den Nationalsozialisten ausging. Seidel bekundet: "Ich kam mit dem Motorrad und einem Beisitzer als erster von Brieg. Auf dem Ringe standen junge

Leute. Wir wechselten Rufe: Heil Hitler! und Freiheit!

Jch stieg ab und gab einem von den jungen Leuten eine Ohrfeige. Darauf kamen Steine geflogen. Wir liefen den Leuten nach. Bald kam ein Lastzug mit SA auf dem Ringe an. Die SA-Leute sprangen herunter und jagten die auf dem Ringe Stehenden fort. Reichsbannerleute befanden sich vereinzelt in der Menge."

Der Ofensetzer Bentsch, der mit seinem Fahrrade ahnungslos von der Mälzergasse herkam, wurde von SA-Leuten mit Schulterriemen geschlagen, zu Boden geworfen und mit Füssen getreten. Die Speichen seines Rades wurden zertrümmert. Der Stahlhelmmann Lustig, ein Tischlermeister, wohnhaft Ring 21, vor dessen Fenster sich die erste Schlägerei abspielte, bekundet, dass der von dem SA-Motorradfahrer geschlagene junge Mann sich nicht zur Wehr gesetzt hat. Dem Lastzug mit SA-Leuten folgte kurz darauf ein Lastwagen mit SS-Leuten, die an der August Feigestrasse absprangen. Auf einen Anhängewagen wurde von der Menge eingeschlagen, unter der sich auch Reichsbannerleute befanden. Ein der Nationalsozialistischen Partei Angehöriger namens Langner gibt übereinstimmend mit den anderen Zeugen eine Schilderung des ersten Zusammenstosses auf dem Ring. Er hat gesehen, wie der SA-Motorradfahrer den geschlagenen jungen Mann verfolgte. Eine Zeugin, die aus dem ersten Stock ihres Hauses am Ring schaute, hörte den Ruf eines der beiden Motorradfahrer: "Wir werden es Euch austreichen!" Auf Befehl schwärmten die von dem Lastwagen abgesprungenen Nationalsozialisten aus und verfolgten die Zivilbevölkerung. Der Tischlermeister Mond hat einen SA-Mann mit dem Revolver gesehen. Der Führer des Treckers Kapitzki, der auf die nach der Stadt stürmenden Reichsbannerleute traf und von ihnen niedergeschlagen wurde, bekundet: "Der Trecker war vom Dominium Dürrjentsch gestellt. Jch wollte zuerst nicht mitfahren, da die Leute schon sagten: "Es wird Zusammenstösse geben." Auf dem Schlossplatz kamen 70 bis 80 Mann Reichsbannerleute auf uns zu und schlugen mit Zaunlatten. Jch erhielt Verletzungen an den Händen."

SPD. München, 16. Aug. (Eig.Drahtb.)

Jn der Nähe des Braunen Hauses in München gerieten in der Nacht von Sonntag zu Montag zwei Nazibrüder, ein SS- und ein SA-Mann miteinander in Meinungsverschiedenheiten, die später auf der Strasse durch einen blutigen Streit endeten. Dabei versetzte der messerkundige SS-Mann seinem Kollegen von der SA, einem 27 jährigen Kraftwagenführer, mit dem feststehenden Messer einen Stich in den Unterleib und einem weiteren SA-Mann, einem 24 jährigen Mechaniker, einen Stich in den Rücken. Der Messerheld ergriff die Flucht, konnte aber von dem rechtzeitig erschienenen Ueberfallkommando eingeholt und festgenommen werden.

SPD. London, 16. Aug. (Eig.Drahtb.)

Da zwischen Hindus und Moslem eine Einigung über die Minderheitenfrage, d.h. über die parlamentarische Vertretung der Minderheiten nicht erzielt werden konnte, hatte MacDonald am Schluss der Jndienkonferenz sich vorbehalten, von sich aus eine Entscheidung zu fällen. Diese, in Form eines komplizierten und auf viele Details eingehenden Berichts, liegt jetzt vor. Jm grossen und ganzen ändert sich durch die Vorschläge wenig an der bisherigen Verteilung der Sitze in den Provinz-Parlamenten. Lediglich im Punsat und im Bengal ist eine stärkere Vertretung der Moslem vorgesehen, die ihnen aber noch keine absolute Majorität gibt. Jn den Provinz-Parlamenten ist eine besondere Labour-Vertretung vorgesehen. Für das Zentral-Parlament Jndiens enthält der Bericht keine Vorschläge.

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstags hält am Freitag den 19. August, vormittags 11 Uhr, ihre erste Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen die Besprechung der politischen Lage sowie die Beratung der dem Reichstag einzubringenden Anträge und Gesetzentwürfe.

SPD. Das "neue System" Papen-Schleicher hat bekanntlich als einen der ersten Akte seiner Tätigkeit den bisherigen Leiter der Reichspressestelle, Ministerialdirektor Zechlin, zur Disposition gestellt. Sein Nachfolger wurde der Vertreter Zechlins, von Kaufmann-Asser. Aber auch dieser verlässt jetzt nach kaum zweimonatiger Amtsdauer seine leitende Stellung, um irgendwo Gesandter zu werden. Dafür ist nun der bisherige Pressereferent im Reichswehrministerium, Major Marcks, ein Sohn des bekannten Berliner Historikers, zum "Reichspressechef" ernannt worden.

SPD. München, 16. Aug. (Eig.Drahtb.)

Der "Völkische Beobachter" entwickelt einen verdächtigen Schreibeifer, um seinen Lesern die Berliner Niederlage "des Führers" plausibel zu machen. Aus allen Zeilen kann man die heftigen inneren Kämpfe herauslesen, die in der NSDAP in den entscheidenden Stunden um den 13. August getobt haben. In einer an die übelsten wilhelminischen Hofberichte mahnenden Schilderung der Fahrt Hitlers von Berchtesgaden in die Berliner Wilhelmstrasse schreibt der Verfasser, der um Hitlers Wandelbarkeit offenbar genau Bescheid weiss, dass noch in den letzten Minuten, bevor Hitler zum Reichspräsidenten ging, "auf allen Gesichtern (von Hitlers Unterführern) die einzige bange Frage zu lesen war: Wird er hart bleiben und nicht nachgeben?" Weiter unten gesteht der Hofberichterstatter, dass "uns allen irgend etwas in der Kehle würgte". In derselben Nummer gibt der SA-Häuptling Röhm "Gedanken der SA. zum 13.August" zum besten und behauptet, dass der "Entschluss des Führers" klar und soldatisch gewesen sei. Es gäbe nur einen Entschluss: die ganze Verantwortung oder garkeine. Hitler selbst scheint allmählich einzuleuchten, dass es mit dieser ganzen Verantwortung doch noch gute Weile hat, denn er teilte, wie sein Leibblatt gesteht, einigen Herren seiner Umgebung seine Auffassung mit, "dass seiner Ansicht nach die Zeit für eine Machtübernahme durch die Partei noch nicht gekommen zu sein scheine."

SPD. Köln, 16. Aug. (Eig.Dra[illegible]o.)

Der nationalsozialistische Stadtverordnete Mainz, Inhaber einer Gastwirtschaft, des ersten Verkehrslokals der Nazis in Köln, hat dem Kölner Oberbürgermeister in einem Schreiben seinen Austritt aus der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei mitgeteilt, sein Stadtverordnetenmandat jedoch wird er beibehalten. Mainz ist einer der drei Gründer der Nazipartei in Köln. Schon vor etwa einem halben Jahr hatte er an den Kölner Gauleiter Grohé einen Brief gerichtet, in dem er sagte, dass die nationalsozialistische Bewegung ihren ursprünglichen Sinn verloren habe. Die Mehrzahl der Mitglieder bestände heute aus Bankrotteuren und anderen verkrachten Elementen. In dem Brief war weiter von Korruption die Rede, von Bonzenwirtschaft usw. Als seinerzeit die "Rheinische Zeitung" diesen aufsehenerregenden Brief veröffentlichte, wurde er von dem Kölner Naziblatt abgeleugnet. Der nunmehr erfolgte Austritt Mainz' ist jedoch ein Beweis dafür, dass die in seinem Brief geschilderten Zustände in der Kölner NSDAP sich nicht gebessert haben, was ihn wohl zum Austritt bewogen haben dürfte.

SPD. Hamburg, 16. Aug. (Eig.Drahtb.)

Gelegentlich der Ermittlungen über die Handgranatenanschläge in Schleswig-Holstein in der Nacht nach der Wahl sind, wie die Justizpressestelle Altona mitteilt, am 15. August durch den aus Berlin entsandten Sonderkommissar sowie Beamte der Polizeipräsidien Altona, Flensburg und Kiel weitere Festnahmen erfolgt. Festgenommen wurden u.a. der auf der Liste der Nationalsozialistischen Partei in den Reichstag gewählte Angestellte Moder, der Führer der vierten SS-Standarte Altona, in deren Bereich sich sämtliche 10 Handgranatenanschläge ereigneten. Die Festnahme erfolgte wegen Verdachts des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Hinsichtlich des verhafteten Moder kommt eine Jmmunität nach Artikel 37 der Reichsverfassung nicht in Betracht, da diese erst mit dem Beginn der Sitzungsperiode (Zusammentritt des Reichstags) eintritt. Festgenommen wurde auch der Chirurg im Kreiskrankenhaus (!) in Wesselburen, Dr.Förat. Seine Festnahme erfolgte erst, nachdem zuvor durch Vermittlung der Regierung in Schleswig für eine Vertretung in seiner ärztlichen Tätigkeit Vorsorge getroffen war.

SPD. Zürich, 16. Aug. (Eig.Drahtb.)

Der Berliner "Angriff" verbreitete die Nachricht, in politischen Kreisen der Schweiz werde mit Spannung der Verlauf der Gründung einer Nationalsozialistischen Partei in der Schweiz verfolgt, weswegen drei Deutsche vom Bundesrat ausgewiesen worden seien. Es habe sich nunmehr ein Schweizer gefunden, der mit aller Kraft und mit allen Mitteln diese schwere Arbeit trotzdem in Angriff nehme auf deren Verlauf man grosse Erwartungen setzen dürfe. Das Blatt schreibt wörtlich weiter: "Der Schweizer Flieger Diggelmann verlässt heute 12 Uhr Berlin und begibt sich nach Leipzig, von wo er sich mit dem Flugzeug nach Zürich begeben wird, wo er die aufgenommenen Verhandlungen sofort weiterführen wird. Man darf für nächste Woche den Ausgang dieser Verhandlungen erwarten, die voraussichtlich von Erfolg gekrönt sein dürften."

Ueber den Empfang des Hakenkreuz-Delegierten in Zürich meldet nun ein Schweizer Lokalblatt, der "Anzeiger von Ulster": "Dieser Schweizer Flieger Diggelmann ist am Mittwoch auf dem Züricher Hauptbahnhof von der Kantonspolizei verhaftet und ins Bezirksgefängnis Ulster gebracht worden, weil er am 22. Oktober 1931 eine achttägige Gefängnisstrafe wegen Diebstahls hätte antreten sollen, sich ihr aber mit Hilfe der kommunistischen Organisarion entzog und nach Berlin verduftete. Der 1914 geborene Jüngling, der in Ulster wohnhaft war, war 1931 aus der Zwangserziehungsanstalt Ringwil verschiedentlich ausgebrochen und betätigte sich in Berlin in den kommunistischen Reihen, bis er im Januar dieses Jahres zu den Nationalsozialisten übertrat und von seinen einstigen Bundesgenossen als Spitzel entlarvt wurde. Jn der militärischen Organisation der Nationalsozialisten erlangte er im Frühjahr das Flieger-Privileg."

Diggelmann wird nun zunächst im Bezirksgefängnis Ulster die Gefängnisstrafe abzusitzen haben, zu der er wegen Diebstahls verurteilt worden ist.

SPD. Breslau, 16. Aug. (Eig.Drahtb.)

Das Breslauer Sondergericht fällte am Dienstag seine ersten Urteile. Ein Fall, der sich am 22. Juni ereignete, führte zu einem barbarisch harten Urteil. An diesem Tage hatten die Nationalsozialisten eine Versammlung, die sie mit riesengrossen Plakaten: "Fertig machen nach Palästina" ankündigten. Ueberall in der Stadt kam es zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern zu Zusammenstössen, so auch in dem Arbeiterviertel Nicolaitor, wo zwei Kommunisten niedergeschossen wurden. Jn dem Rufe der Arbeiterin Marta Kurock: "Haut die Schweine!" erblickte das Gericht "schweren Landfriedensbruch" und Rädelsführerschaft. Die Arbeiterin Kurock soll auch am Boden Liegende mit Füssen getreten haben. Sie wurde zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis (!!!) verurteilt. Der 19 jährige

Arbeiter Kupke, der an einer Schlägerei beteiligt war, erhielt ein Jahr, zwei weitere Angeklagte erhielten je sechs Monate Gefängnis!

Jn der Nacht zum Sonnabend, den 13.August standen drei Reichsbannerleute leicht angetrunken um Mitternacht vor einem Lokal und verabschiedeten sich mit dem Ruf: "Freiheit". Zwei vorbeiradelnde Stahlhelmer, von denen der eine uniformiert war, riefen ihnen zu: "Frechheit" und "Mit eurer Freiheit wird es bald zu Ende sein". Der 22 jährige Erich Haschke wollte einen der Stahlhelmer packen was ihm nicht gelang. Damit wäre der Vorfall erledigt gewesen, wenn nicht der uniformierte Stahlhelmmann nach der nächsten Polizeiwache gefahren wäre, um "Hilfe" zu holen. Währenddessen fuhr der Stahlhelmer in Zivil vor den drei Reichsbannerleuten Kurven auf der Strasse. Jm Augenblick des Eintreffens des uniformierten Stahlhelmers, der mit zwei radfahrenden Polizeibeamten ankam, schlug Haschke nach dem anderen Stahlhelmer und traf dabei einen Polizeibeamten der sich dazwischen warf, mit der Faust ins Gesicht. Als er den Beamten erkannte, entschuldigte er sich sofort und ging, ohne Widerstand zu leisten, mit nach der Wache. Der Staatsanwalt Menzel beantragte wegen des Faustschlages gegen den Beamten ein Jahr Zuchthaus! Das Gericht erkannte auf sechs Wochen Gefängnis.

SPD. Stuttgart, 16. Aug. (Eig.Drahtb.)

Das dem württembergischen Staatspräsidenten Dr.Bolz nahestehende Landesorgan des württembergischen Zentrums nimmt unter der Ueberschrift: "Gibt es noch einen Ausweg?" zu der durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Hitler geschaffenen Lage Stellung, wobei es, wie es besonders unterstreicht, die Auffassungen "massgebender Zentrumskreise" wiedergibt. Nachdem es zunächst den ergebnislosen Verlauf der geführten Verhandlungen als einen "schweren Fehlschlag der Politik der Regierung von Papen-Schleicher", als einen "vernichtenden Stoss für die Politik der gegenwärtigen Regierung" nachgewiesen hat, durch den die Lage des Reichskabinetts "völlig unhaltbar" geworden sei, bezeichnet es den Zusammentritt des Reichstags zu dem verfassungsmässig vorgeschriebenen Termin, also spätestens am 30. August, als unbedingt notwendig. So verwerflich auch Hitler handelte, der schon einmal sein Ehrenwort nicht hielt und nun auch die Reichsregierung nicht besser behandelt habe, so habe jetzt auch die Reichsregierung moralisch nicht mehr die Berechtigung, am Ruder zu bleiben. Darauf hätten die Zentrumsführer Bolz und Joos den Reichskanzler schon bei ihrer Besprechung am letzten Donnerstag hingewiesen. "Die Absage Hitlers an die Reichsregierung hat ein Weiterregieren der gegenwärtigen Reichsminister erst recht unmöglich gemacht."

Nach diesen Erörterungen kommt das Blatt dann zu der Fragestellung, von der es ausging: "Gibt es noch einen Ausweg?" Jm Besonderen fragt es, ob heute noch eine "positive Lösung" auf den beiden Grundlagen der klaren Verantwortung und der verfassungsmässigen Wege möglich sei. Man werde geneigt sein, diese Frage zu verneinen, aber "trotzdem wird man einen neuen Versuch machen müssen, um einen Ausweg aus der unheilvollen Lage zu finden." Es erinnert daran, dass die preussische Zentrumsfraktion die Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu Verhandlungen über die Frage der preussischen Regierungsbildung eingeladen habe, die bis jetzt nicht stattgefunden hätten. Die Haltung Hitlers und seiner Partei habe eine Einigung naturgemäss erschwert. Dasselbe gelte auch bezüglich einiger anderer Länder. "Trotzdem wird verhandelt werden müssen, und man sollte alles aufbieten, um diese Verhandlungen positiv zu gestalten. Jst ein solches Ergebnis erzielt, dann kann es nach der Auffassung des Zentrums nicht ausbleiben, dass die Lösung der Regierungsfrage in Preussen auch eine Klärung im Reiche nach sich zieht.- Wer sich nicht von vornherein damit abfindet, dass in Deutschland gegen die Verfassung regiert und dadurch die Gefahr schwerster Verwicklungen heraufbeschworen wird, der muss jeden Versuch machen, der unter Umständen weiterführen könnte."

SPD. Köln, 16.Aug. (Eig.Drahtb.)

Zu den Ausführungen des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Borck im Berliner "Tag" über die politische Unklarheit nach dem ergebnislosen Ausgang der Verhandlungen mit Hitler schreibt der Berliner Vertreter der "Kölnischen Zeitung" am Dienstag=Abend: "Die Ausführungen Borcks lassen keinen Zweifel darüber, welche Pläne bei den Deutschnationalen Partei bestehen. Seine Mahnung an den Kanzler, seine Macht allen zum Trotz zu halten und sich dabei nicht an Formalien zu stossen, wenn es eine "Revolution von oben" gebe, läuft, wenn man es mit den richtigen Worten bezeichnet, auf eine Aufforderung zum Bruch der Verfassung hinaus. Dass derartige Pläne nicht erst nach dem Scheitern der letzten Regierungsverhandlungen entstanden sind, ist bekannt. Oeffentlich und in ganz bestimmter Form, noch dazu als Meinung einer Partei, werden sie hier jedoch zum erstenmal verzeichnet. Wenn die Regierung die bereits bestehende grosse Unruhe nicht noch stärker anwachsen lassen will, wird sie sich beeilen müssen, im Anschluss an die Ausführungen Borcks umgehend mitzuteilen, wie sie sich zu diesen und anderen Plänen eines Verfassungsbruchs stellt. Sie darf dabei nicht an der Tatsache vorübergehen, dass in derartigen Plänen, deren Gefährlichkeit auf der Hand liegt, die Mitwirkung des Reichspräsidenten, an die wir nicht glauben können, stillschweigend vorausgesetzt wird."

SPD. London, 16.Aug.(Eig.Drahtb.)

Die Empire=Konferenz legt letzte Hand an, um die Vereinbarungen zwischen den Dominions und dem Mutterlande unter Dach und Fach zu bringen. Die Einigung mit Kanada ist endlich erfolgt. Man kennt ihre Einzelheiten noch nicht und wird sie vielleicht erst im Oktober erfahren, wenn nach Ratifizierung der neuen Zölle durch die Parlamente diese in Kraft treten können. Nach dem, was bekannt geworden ist, hat es den Anschein, dass England ziemlich weit entgegengekommen ist. England gewährt nämlich über die bestehende Vorzugsbehandlung hinaus einen 10prozentigen Vorzugszoll auf Holz, eine mindest ebenso grosse Bevorzugung kanadischen Kupfers und eine Quote auf Rauchfleisch. Kanada kommt den englischen Wünschen weitgehend entgegen bei den Waren Stahl, Porzellan und einigen anderen weniger bedeutenden Waren. Bei den anderen Positionen verpflichtet sich Kanada aber nur zur Uebernahme dieser Zollsätze von Schutzzöllen in sogenannte Konkurrenzzölle. Konkurrenzzölle sind eine Erfindung dieser Konferenz. Sie sollen bedeuten, dass der Zoll nicht höher sein soll als der Unterschied in den Gestehungskosten. Der praktischen Bedeutung dieses neuen Grundsatzes muss man skeptisch gegenüberstehen.

SPD. Duisburg, 16.Aug. (Eig.Drahtb.)

In den frühen Morgenstunden des Dienstag kam es in Buchholz zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein Nationalsozialist wurde durch Messerstiche am Kopf schwer, ein anderer durch einen Streifschuss am Arm leicht verletzt. Ein Kommunist erhielt ebenfalls leichtere Verletzungen. Zwei Polizeibeamten, die beim Einschreiten bedroht wurden, sahen sich genötigt, zwei Schüsse abzugeben, die jedoch niemand trafen.

In Dortmund haben sich in der Nacht an verschiedenen Stellen die Schiessereien aus fahrenden Kraftwagen wiederholt. Getroffen wurde niemand.

SPD. Paris, 16. Aug. (Eig. Drahtb.)

Nach der Absage Hindenburgs ist die Geltung Hitlers wenigstens in Frankreich rapid im Schwinden begriffen. Während die bürgerliche Pariser Presse bisher in Hitler den eigentlichen Drahtzieher der deutschen Politik gesehen hatte und sogar nicht mit Vorwürfen gespart hatte, dass die Sozialdemokratische Partei selbst aus Angst vor der Hitlerwelle sich das nationalsozialistische Aussenprogramm zu eigen gemacht habe, erklärt man heute in Paris Hitler beinahe schon als erledigten Mann. Die Blätter stellen ironische Vergleiche zwischen Hitler und Mussolini an und kommen dabei zu keineswegs schmeichelhaften Ergebnissen für Hitler. Hitler sei eben kein Staatsmann, sondern ein hohler Demagoge, ein leerer Schwätzer, erklärt am Dienstag der "Temps". Nachrichten über die Meutereien in den Sturmabteilungen und über eine Abspaltung des syndikalistischen Strasserflügels finden unter diesen Umständen in Paris dankbar gläubige Aufnahme. Mit der Baisse Hitlers hat aber gleichzeitig die Regierung von Papen wesentlich an Einfluss im Ausland gewonnen. Allerdings verhehlt man sich dabei doch nicht, dass Papen ausser den wenigen Deutschnationalen keine einzige Partei hinter sich hat und erst beim Wiederzusammentritt des Reichstags seine Probe bestehen muss.

SPD. Rostock, 16. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die als fürstliches Domizil und durch ihre Pferderennen bekannte mecklenburgische Stadt Bad Doberan hat, wie man hier kaum anders erwarten kann, eine Hitlermehrheit in ihrem Stadtparlament. Die Nachbeter des grossen Adolf in dieser Stadtverordnetenversammlung hatten nichts Wichtigeres zu tun, als ihren Mangel an sachlichen Qualitäten durch einen Dringlichkeitsantrag zu verdecken, nach dem Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht der Stadt Doberan verliehen, ein Teil einer Chaussee in Adolf Hitlerstrasse umbekannt wird und aus Anlass dieser Ehrung tagelang die Hakenkreuzfahne vom Rathaus wehen soll. Dieser Antrag wurde unter lebhaftem Widerspruch der Sozialdemokraten angenommen.

SPD. Paris, 16. Aug. (Eig. Drahtb.)

In einem kleinen Hotel in Paris wurde am Dienstag der Prinz Edgar von Bourbon ermordet aufgefunden. Er war während der Nacht von seiner Freundin, einer Spanierin, mit einem Rasiermesser getötet worden. Der Prinz war österreichischer Staatsangehöriger und war als unehelicher Sohn der Prinzessin Alice geboren worden. Man munkelte damals, dass Kaiser Franz Josef selbst sein Vater gewesen sei. Nach der Revolution in Oesterreich, durch die er sein Vermögen verloren hatte, hatte sich der Prinz mit einer reichen Amerikanerin verheiratet, jedoch war die Ehe schon vor mehreren Jahren geschieden worden. Seither hat er sich seiner jetzigen Mörderin angeschlossen. Vor der Polizei gab die Spanierin an, dass sie in Notwehr gehandelt habe. Der Leichenbefund zeigte jedoch, dass keinerlei Kampf stattgefunden hatte, sondern dass der Prinz im Schlaf ermordet worden sein musste.

(Schluss des politischen Teils - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

Aus aller Welt

16 von 230!

Acht Prozent der Naziabgeordneten sind Arbeiter! Aber Grossgrundbesitzer und Landwirte treten in Massen auf!

SPD. Der Reichswahlausschuss hat nunmehr endgültig festgestellt, dass im ganzen 608 Abgeordnete in den neuen Reichstag einziehen werden. Die Nazis werden mit 230 "Parlamentariern" - vermutlich höchst unparlamentarisch - vertreten sein. Sehen wir uns diese somit weitaus stärkste und bei der Ausschussarbeit zweifellos sehr einflussreiche Fraktion der 230 auf ihre berufliche Gliederung und Zusammensetzung etwas genauer an. Was das Volk seit langem weiss, kann klar mit Zahlen bewiesen werden: nämlich, dass die Arbeiter in dieser Partei mit am schwächsten vertreten sind und dass überhaupt die Arbeitnehmerschaft bei weitem nicht die parlamentarische Vertretung innerhalb der Nazipartei hat, die ihr aufgrund des Namens und der Agitation und wohl auch ihrer wirklichen zahlenmässigen Stärke nach zufallen müsste.

So finden wir beispielsweise unter den 230 Naziabgeordneten 48 Rittergutsbesitzer, Hofbesitzer und Landwirte. Praktisch also ist jeder fünfte Abgeordnete der Nazipartei ein Vertreter jener Agrarier, die sich am schärfsten gegen die Städter in ihren Forderungen auslassen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass eine ganze Anzahl der Naziabgeordneten, die sich als Landwirte ausgeben, in Wirklichkeit reine Grossgrundbesitzer sind, also ganz andere Interessen haben als Bauern.

Die zweitstärkste Berufsgruppe innerhalb der Nazifraktion umfasst 31 Angehörige der freien Berufe (Rechtsanwälte, Aerzte, Ingenieure, Volkswirte usw); es folgen 23 Fabrikanten und Kaufleute; dann schliesst sich gleichfalls eine Gruppe von 23 an; Handwerker, die aber zumeist Meister und selbständige Gewerbetreibende sind. Dann kommen 21 Beamte: mittlere und Privatbeamte.

Die Angestellten kommen erst an sechster Stelle. Die Fraktion der 230 hat 17 Sitze für sie übrig. Und ihnen folgen mit 16 Vertretern (also mit acht Prozent der Gesamtfraktion!) die Arbeiter. Aber hierzu ist zu bemerken, dass sich unter den "Arbeitern" der Nazifraktion eine ganze Reihe von Abgeordneten finden, die längst nicht mehr praktisch in Betrieben arbeiten. Oder glaubt jemand von dem mecklenburgischen Führer Hildebrandt, dass er heute noch als Landarbeiter aufs Feld zieht?

Ehemalige Offiziere gibt es in der "Arbeiter"-Partei Hitlers nur einen weniger als Arbeiter: nämlich 15 ehemalige Majore, Oberste, Hauptleute usw. Schriftsteller und Parteiredakteure gibt es 12 in der Nazifraktion; ebenso stark ist die Gruppe der Studienräte und Lehrer. Ferner ziehen sechs Gauleiter ins Parlament ein, also, wie es im Sprachgebrauch der Nazipresse so schön heisst, Parteibonzen. Minister und Exminister treten dreimal an: Klagges, Röver und Frick. Dann kommen zwei kaufmännische Vertreter und zum Schluss erscheint noch der vielleicht Unsympathischste von allen auf der Bildfläche: der frühere Pfarrer und jetzige Hetzapostel Münchmeyer.

Diese Statistik redet eine eindeutige Sprache. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei ist ihrer ganzen soziologischen Zusammensetzung nach weder gewillt noch überhaupt in der Lage, eine Partei der Arbeiter und Angestellten, eine Partei des wirklichen Volkswillens zu sein. Die NSDAP ist eine Partei der Lüge und des Verrats. Sie hat das Volk betrogen, sie hat das Volk verraten. Deutschland ist erwacht, wenn die Wähler der 230 erwacht sind. R.

+ + +

Schiffskatastrophe. In der Nähe von Schimonoseki (japanische Westküste) stiessen zwei Dampfer zusammen. Das eine der Schiffe sank nach kurzer Zeit. Ein Teil seiner Besatzung ertrank.

+ + +

Unwetterkatastrophen. Mecklenburg wurde von heftigen Gewittern heimgesucht. Besonders im Lande Ratzeburg sind erhebliche Brandschäden zu verzeichnen: wiederholt wurden Kühe auf der Weide vom Blitz getötet; in Lüdersdorf schlug ein kalter Blitz in eine Windmühle und richtete beträchtlichen Schaden an; in Gross-Grönau wurde infolge Blitzschlag eine Gärtnerei, in Henkenhagen eine Scheune mit grossen Erntevorräten, in Buschow ein mehrgebäudiges Bauerngut ein Raub der Flammen. In der mecklenburgischen Landeshauptstadt Schwerin entstand grosser Wasserschaden. Infolge des wolkenbruchartigen Regens lief das Wasser in mehrere Keller, die von der Feuerwehr ausgepumpt werden mussten.

Bedenkliche Unwettermeldungen kommen ferner aus dem oberen Erzgebirge. In Buchholz (bei Annaberg) wurde durch Hagelschlag schwerer Schaden angerichtet. Zahlreiche Felder, Gemüsegärten und Obstpflanzungen wurden vernichtet, verschiedentlich auch Strassen aufgerissen und unterhöhlt.

Landstrassenschaden entstand auch an mehreren Stellen der Rheinprovinz: so wurde die Provinzialstrasse Köln-Olpe ein ganzes Stück weit tief durchrissen. In der Nähe von Unter-Eschbach brach der aus Kies errichtete Damm des Schlamm-Staubeckens der Grube "Weis". Es entstand beträchtlicher Materialschaden.

Im Schwäbischen Ries wurden zahlreichen Landwirten durch Wolkenbruch und Hagelschlag geradezu vernichtende Verluste zugefügt. Weizen, Hafer, Kartoffeln, Rüben und Obst - die ganze Ernte ist hin. Und versichert ist das Wenigste.

+ + +

1 600 Hoffnungen. In New York findet augenblicklich der Prozess um die Wendel-Erbschaft statt. 1 600 Personen aus aller Welt hoffen auf 30 Millionen.

+ + +

Stadt ohne Totengräber. In Schlagwitz (Sachsen) wurde aus Ersparnisgründen der Totengräber abgebaut. Die Bevölkerung muss sich ihre Gräber selber herstellen.

+ + +

Felseneck-Krach. In dem seit vielen Monaten laufenden Berliner Felseneck-Prozess, in dem die Zusammenstösse zwischen Kommunisten und Nazis in der Nacht vom 17. zum 18. Januar dieses Jahres geklärt werden sollen, wurde der Verteidiger der kommunistischen Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Litten, von der weiteren Mitwirkung an den Verhandlungen ausgeschlossen. Nach Meinung des unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bode tagenden Schwurgerichts am Landgericht III Berlin hat Dr. Litten sein Amt als Verteidiger zur politischen Agitation und zur bewussten Sabotage der Verhandlungen missbraucht.

+ + +

Im Eismeer verschollen. Die in Grönland arbeitende deutsche Filmexpedition war neun Tage lang ausserordentlich beunruhigt um das Schicksal ihres wissenschaftlichen Expeditionsleiters Dr. Sorge, der bereits an der Wegnerschen Grönlandexpedition teilgenommen hatte, war von einer in Umanak begonnenen Erkundungsfahrt im Kajak nicht zurückgekehrt. Nach acht Tagen entdeckten Eskimos in der Nähe eines Eisbergs Trümmer des Sorgeschen Faltbootes. Am neunten Tage fand dann der Flieger Udet in einem Gletscherfjord den Vermissten. Er erzählte, wie sein Kajak durch einen "kalbenden Gletscher" fortgerissen worden sei; In der Zeit bis zur Rettung hätte er sich von Beeren und Fischen genährt.

+ + +

Der stille Tod. Zwei Ingenieure der italienischen Ansaldo-Werft in Pozzuoli haben ein 75-Millimeter-Geschütz konstruiert und vorgeführt, dessen Donner bei der Geschossabfeuerung auf ein ungewöhnlich starkes Minimum reduziert worden sein soll: es heisst, dass der Abschuss nur etwa 200 Meter weit hörbar sei. Die neue Kanone ist mit einem tragbaren, angeblich auch an jedem anderen Geschütz anzubringenden Schalldämpfer versehen.

+ + +

Riese verhaftet. Der vor wenigen Tagen nach Veruntreuung von 75 000 Mark aus Bremen geflüchtete Getreidemakler Ernst Riese konnte in Hameln (Weser) verhaftet werden. Riese hatte noch 1 000 Mark bei sich.

+ + +

Lindbergh wieder Vater. Der amerikanische Ozeanflieger Lindbergh, dessen 1½ Jahre altes Baby vor einigen Monaten von unbekannten Tätern entführt und ermordet wurde, ist von neuem Vater eines Knaben geworden.

+ + +

Kirchliche Lautsprecher. In der nicht gerade durch hervorragende Akkustik ausgezeichneten Londoner St.Pauls-Kathedrale wurden Lautsprecher angebracht. Man hofft, dass die Besucher des Mittelschiffs und der Galerie die Predigten nun besser als bisher verstehen werden.

+ + +

Streik der Kinobesitzer. Die Belgrader Kinobesitzer haben ihre Lichtspieltheater geschlossen. Der Einfuhrzoll der ausländischen Filme ist in Jugoslawien auf eine Höhe geschraubt, die die Vorführung nichtjugoslawischer Filme zur Unmöglichkeit macht. Die in Jugoslawien selbst hergestellten Filme sollen die Ansprüche des Publikums in keiner Weise erfüllt haben.

+ + +

Für 800 000 Dollar Gold und Silber! In Plymouth (England) traf das italienische Bergungsschiff "Artiglio" ein: an Bord waren aus der Ladung der vor vier Jahren im Kanal gesunkenen "Egypt" Gold und Silber im Wert von 800 000 Dollar, und zwar 26 Kisten Barren Gold und 53 Barren Silber. Das Silber ist inzwischen schwarz geworden.

Vor zwei Monaten konnte die "Artiglio" bereits für 420 000 Dollar Gold und Silber bergen. Ein grosser Teil der Ladung ist jedoch noch unter Wasser; die günstige Witterung lässt aber einen raschen Fortgang der Bergungsarbeiten erwarten.

+ + +

Europa-Flug. Nach den bisherigen Berlin-Staakener technischen Prüfungen beim Europa-Flug liegen vorläufig ein italienischer und ein polnischer Pilot mit 184 Punkten an der Spitze. Ein Franzose und ein Engländer, die sehr schlecht abschnitten, haben das Rennen bereits aufgegeben und sind nach Hause zurückgeflogen. Nunmehr nehmen noch 41 Bewerber am Europa-Flug teil.

+ + +

27 Texas-Opfer. Die Zahl der Opfer der Wirbelsturmkatastrophe in Texas hat sich auf 27 erhöht. Ungefähr 300 Personen sind schwer verletzt worden.

+ + +

Der verräterische Husar. In Dortmund drangen mehrere Einbrecher des nachts in eine Gastwirtschaft ein. Dabei hatten sie das Pech, gegen den Kontakt des elektrischen Klaviers zu stossen. Der Apparat spielte ebenso prompt wie laut: "Es war einmal ein treuer Husar". Damit waren die Einbrecher verraten und verkauft, entdeckt und gefasst.

Gewerkschaftliche Rundschau

Die letzte Chance.

SPD.Reichspräsident Hindenburg hat nach dem Scheitern der Regierungsumbildung vor seiner Abreise nach Neudeck dem Reichskanzler gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass nunmehr mit der grössten Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Aufgaben gefördert werden müssen. Der Zufall wollte es, dass zur gleichen Zeit in der Presse ganz unabhängig von der Mahnung Hindenburgs von neuem die Erörterung der Arbeitsbeschaffungsfrage einsetzte. Der so plötzlich von verschiedenen Seiten neu einsetzende Ruf nach Arbeit ist jedoch genau betrachtet, alles andere als eine Zufälligkeit. Im ganzen Volk ist man zu der Ueberzeugung gekommen, dass in der Frage der Arbeitsbeschaffung nunmehr wirklich nicht mehr länger die Hände in den Schoss gelegt werden dürfen. Die steigenden Arbeitslosenziffern sind eine ernste Warnung für alle, die nicht wollen, dass im kommenden Winter Deutschland im Chaos versinkt, die letzte Chance auszunutzen.

Die Wundergläubigen im Hitlerlager haben soch vom Sturz des "Systems", von der Ausschaltung des Einflusses der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie auf die Politik im Reich und in Preussen goldene Berge versprochen. Einstweilen liegen diese goldenen Berge noch weit draussen am Horizont - so weit draussen, dass man nicht recht erkennen kann, ob es wirklich Berge oder nur Luftspiegelungen sind. Schon um die Wundergläubigen wenigstens bei guter Stimmung zu halten, muss die Reichsregierung, ob sie will oder nicht, in der Arbeitsbeschaffung etwas unternehmen. Sie muss, so unsympathisch es ihr auch sein mag, den Weg gehen, den die Gewerkschaften seit langem gewiesen haben. Zweifellos herrscht bei der Regierung die Erkenntnis, dass sie dem Kampf der Arbeiter um Beschaffung von Arbeit Rechnung tragen muss, wenn sie sich an der Macht halten, oder gar den kommenden Winter überstehen will. Sie muss das jetzt erst recht, wo es zwischen ihr und Hitler zum Bruch gekommen ist.

Wir fürchten aber, dass infolge der inneren Abneigung gegen die Gedankengänge der Gewerkschaften die Regierung in der Arbeitsbeschaffung in Halbheiten und Unzulänglichkeiten stecken bleiben wird. Wie verlautet, soll sich ihr neues Arbeitsbeschaffungsprogramm in finanzieller Hinsicht ungefähr im Rahmen von 200 Millionen Mark halten. Das Reichsarbeitsministerium ist mit der Ausarbeitung der Einzelheiten des Programms beauftragt worden. Sobald das Arbeitsministerium mit seiner Arbeit fertig ist, wird sich das Reichskabinett aufs neue mit der Arbeitsbeschaffung befassen. Allem Anschein nach will die Regierung dem Reichstag bei seinem Zusammentritt mit einem fertigen Arbeitsbeschaffungsprogramm gegenübertreten. Das neue Programm soll sich in der Hauptsache auf solche Vorhaben erstrecken, bei denen der Hauptkostenfaktor die Arbeit ist, also vorwiegend auf Projekte, die grosse Erdarbeiten umfassen, wie Strassenbau, Meliorationsarbeiten, Verbesserung des Eisenbahnoberbaus und dergl. Auch sollen grössere Abwrackarbeiten der Werftindustrie an das Programm angegliedert werden; ferner ist der Bau von 30 Heringsloggern vorgesehen, da der deutsche Heringsfang nach Ansicht der Regierungskreise noch ausdehnungsfähig sein soll. Der Hochbau spielt auch in dem neuen Programm nur eine bescheidene Rolle. Ueber die Frage der Unterstützung des Baues von

kleinen Eigenheimen finden zur Zeit, wie die der Regierung nahestehenden Blätter versichern, noch Erörterungen statt. Man spricht davon, dass die Mittel der öffentlichen Hand in hypothekarischer Form an erster, eventuell an zweiter Stelle gegeben werden.

Für die praktische Verwirklichung der Arbeitsbeschaffung sollen, wie die Agrarierpresse andeutet, die Richtlinien, die der Landgemeindeverband aufgestellt hat, eine bedeutsame Rolle spielen. Einer ihrer Grundgedanken ist, in weitgehendem Mass die Kreise und Gemeinden stark selbstverantwortlich in die Arbeitsbeschaffung einzuschalten mit der Massgabe, dass für die Finanzierung die Steuerkraft als Rückhalt dient. Dabei sollen diese Arbeiten unter normaler Entlohnung der anzusetzenden Kräfte durchgeführt werden, weil nur dadurch auch die normale wirtschaftliche Weiterentwicklung aus dieser Wiedereinschaltung grösserer Menschenmassen in den Arbeitsprozess erreicht werde. Man wird die genaue Fassung dieser Richtlinien abwarten müssen, bevor man dazu Stellung nehmen kann. Immerhin ist der Hinweis auf die normale Entlohnung nicht uninteressant. In der Landwirtschaft beginnt eine Abkehr von der Politik des Lohndrucks.

Die Gewerkschaften können mit einer gewissen Genugtuung die neu einsetzenden Bestrebungen zur Arbeitsbeschaffung verfolgen. Hätte man auf den Ruf des Krisenkongresses im Frühjahr gehört, dann wäre man heute weiter. Statt dessen beschäftigte sich vor allem die Regierung Papen-Schleicher viel zu lange mit den Arbeitsdienstillusionen, weil sie die Hitlerleute bei guter Laune halten wollte. Für den Freiwilligen Arbeitsdienst hat sie schliesslich sogar einen Reichskommissar ernannt. Für die Arbeitsbeschaffung wäre ein solcher Reichskommissar zehn Mal nötiger. Die Gewerkschaften haben bereits auf dem Krisenkongress die Forderung erhoben, dass sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung in eine "Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung" zusammengefasst werden. In dieser Zentralstelle, wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationen müssen die Gewerkschaften stark vertreten sein.

SPD. Der Gesamtvorstand der Bauarbeiterinternationale hat dieser Tage in Zürich neben dem Organisationsbericht des Sekretärs Käppler-Berlin die Situationsberichte der der Bauarbeiterinternationale angeschlossenen Verbände entgegengenommen. All diese Berichte sind nichts anderes als ein Schrei nach Arbeit.

Die Bauarbeiterinternationale zählte im Jahre 1931 24 angeschlossene Organisationen in 19 Ländern mit 897 403 Mitgliedern. Aus dieser Aufstellung ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung der Mitgliederzahl um 71 846. Dieser Rückgang ist zurückzuführen auf die in fast allen angeschlossenen Ländern zu beobachtende schlechte Bautätigkeit. Das Baugewerbe ist überall in der Welt von der Wirtschaftskrise am härtesten betroffen. Jetzt im Hochsommer, also in einer Zeit, in der früher im Baugewerbe Hochkonjunktur herrschte, sind in der Mehrzahl der berichtenden Länder die Bauarbeiter bis zu 80 Prozent arbeitslos. An der Spitze der Arbeitslosigkeit steht Deutschland.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung wurde eingehend besprochen. Alle Redner betonten, dass die Massnahmen der Regierungen zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit absolut unzulänglich seien. Wolle man die Arbeitslosigkeit ernsthaft bekämpfen, dann müsse vor allen Dingen die Bautätigkeit in Gang gebracht werden. Ueberall fehle es an gesunden und billigen Wohnungen für die Arbeiterschaft. Desgleichen müssten Kultur- und Verkehrsbauten sowie volkswirtschaftlich notwendige Anlagen wie Land- und Wasserstrassen, Talsperren und Kraftwerke geschaffen werden; auch seien die Eisenbahnen in der Elektrifizierung noch weit zurück.

Der Freiwillige Arbeitsdienst wurde als Palliativmittelchen im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit charakterisiert. Er schaffe überdies für die Bauarbeiter die Gefahr, dass ihr schon jetzt auf ein Minimum eingeschränktes Arbeitsfeld noch mehr eingeschränkt werde. Man beobachte schon jetzt, dass im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes vielfach Bauten ausgeführt werden, für die die Bauarbeiter beruflich zuständig seien.

Aus all diesen Gründen und auch deshalb, weil man bemüht ist, die im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten jungen Arbeiter dem moralischen Einfluss der Gewerkschaftsbewegung zu entziehen, lehnte der Gesamtvorstand der Bauarbeiterinternationale diese Art von Arbeitsbeschaffung ab. Die Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms für die Bauarbeiterinternationale hielt die Züricher Tagung für unangebracht. Das Baugewerbe, so wurde hervorgehoben, sei an sich in der Hauptsache auf lokale und nationale Bedürfnisse angewiesen; ausserdem hätten eine Anzahl gewerkschaftlicher Landeszentralen die Forderungen der Arbeiter in ihren Arbeitsbeschaffungsprogrammen bereits berücksichtigt. Dessen ungeachtet wird aber die Bauarbeiterinternationale bereits vorhandene und noch auftauchende internationale Arbeitsbeschaffungsprogramme fördern helfen, besonders in jenen Fällen, wo es sich um die Arbeitsbeschaffung in notleidenden Ländern handelt.

Der geschäftsführende Ausschuss wurde ermächtigt, in besonderen Fällen jugendlichen Arbeitern die Teilnahme an Schulungs- und Bildungskursen sowie an Studienreisen durch Zuschüsse aus der Kasse der Bauarbeiterinternationale zu ermöglichen. Die Drucksachen und Berichte der Internationale, die bisher in dänischer, deutscher, englischer und französischer Sprache herausgegeben wurden, sollen künftig auch in spanischer Sprache gedruckt werden. Ferner soll bei allen angeschlossenen Organisationen festgestellt werden, ob und in welcher Weise die regelmässige Berichterstattung über den Baukostenindex durchführbar ist.

Die nächste Konferenz der Bauarbeiterinternationale soll 1933 in Brüssel tagen.

SPD. Die Zahl der bei der Reichspost beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist in der Zeit vom 30. Juni 1931 bis zum 30. Juni 1932 von 94 682 auf 78 523 gesunken. Rund 16 000 Arbeiter und Angestellte wurden in dieser Zeit entlassen.

Im Jahre 1931 hat die Reichspostverwaltung 111 Millionen Mark durch Gehalt und Lohnabbau eingesparte Mittel an das Reich abgeführt. Im Jahre 1932 beträgt die durch Lohn- und Gehaltsabbau eingesparte Summe 140 Millionen Mark. Man drosselt die Briefzustellung, schädigt die Geschäftswelt, schafft Arbeitslose und führt die auf diese Weise eingesparten Beträge an das Reich ab. Wenn das nicht Schildbürgerei ist, dann gibt es keine mehr. Was geschieht mit den ersparten Millionenbeträgen? Man saniert bankrotte Industrie- und Bankunternehmungen und vor allem den bankrotten Grossgrundbesitz. Bankrotte Betriebe werden also künstlich über Wasser gehalten auf Kosten der Arbeiter und Angestellten.

Der Gesamtverband, die zuständige Gewerkschaftsorganisation, hat von neuem einen Versuch unternommen, eine Fortsetzung des Massenabbaus bei der Reichspost zu verhindern.

Wirtschaft Technik Handel

Noch 66 Millionen Ausfuhrüberschuss.

Der deutsche Aussenhandel im Juli.

SPD. Der Monat Juli brachte im deutschen Aussenhandel eine neue kleine Steigerung der Einfuhr. Die Einfuhr erhöhte sich gegenüber dem Juni von 364 auf 366 Millionen Mark. Damit ist die dritte leichte Einfuhrsteigerung seit dem Tiefpunkt im Mai zu verzeichnen. Bemerkenswerterweise ist es die Einfuhr von Rohstoffen, die auch im Juli die Einfuhrmehrung gebracht hat. Die Rohstoffeinfuhr hat sich von 176,1 auf 178,8 Millionen vermehrt und damit den Höchststand seit dem Minimum im Mai erreicht.

Bei der Ausfuhr werden ab Juli Reparationssachlieferungen nicht mehr ausgewiesen. Auf Grund der Lausanner Verträge werden die noch bestehenden Sachleistungsabkommen in der Form freier Handelsgeschäfte abgewickelt. Die Gesamtausfuhr ist weiter gesunken, und zwar von 454 Millionen (einschl.Sachlieferung) im Juni auf 432 Millionen im Juli. Der Rückgang entfällt in der Hauptsache auf eine Ausfuhrminderung nach Sowjet-Russland. Im übrigen hat die Ausfuhr nach Grossbritannien in demselben Masse zugenommen wie die Ausfuhr nach Frankreich abnahm. Der Ausfuhrrückgang erfolgte fast in voller Höhe bei den Fertigwaren. Nicht elektrische Maschinen wurden um 14 Millionen Mark, Eisenbleche und Eisendraht um 6 Millionen Mark, Stab- und Formeisen um 4,5 Mill.Mark, elektrische Maschinen um 3 Mill.Mark, Kleidung und Wäsche um 2 Mill.Mark weniger im Ausland abgesetzt. Vermehrte Fertigwarenausfuhr ergab sich bei einigen chemischen Produkten, bei Leder und Wollgewebe.

Konjunkturell darf die deutsche Aussenhandelsbilanz etwas freundlicher beurteilt werden. Seit 3 Monaten ist die Rohstoffeinfuhr langsam gestiegen. Es scheint also eine gewisse stärkere Versorgung mit Rohstoffen langsam einzusetzen,was konjunkturell günstig zu beurteilen wäre. Auf der anderen Seite bestehen freilich die Ausfuhrhemmungen noch fort; immerhin hat sich aber das Tempo, in dem die Ausfuhr seit Mai gesunken ist, erheblich verlangsamt,wobei zu bemerken ist,dass sich ja im Juni gegenüber Mai schon eine leichte Ausfuhrsteigerung ergeben hatte. Es ist auch zu beachten,dass Ein- und Ausfuhr zusammen seit dem Monat Mai nicht weiter zurückgegangen sind. Das Gesamtvolumen des deutschen Aussenhandels, das freilich auf sehr niedrigem Stande sich befindet, schwankte mit 796 Millionen im Mai, 818 Millionen im Juni und 806 Millionen im Juli um die 800-Millionengrenze herum, hat sich aber nicht mehr verringert.

Die Entwicklung des Aussenhandels deutet darauf hin,dass auch auf diesem Gebiete sich eine Stabilisierung anbahnt. Diese Stabilisierung könnte zu guten Hoffnungen berechtigen,wenn es nur gelingen würde, in internationalem Masstab die handels- und devisenpolitischen Ausfuhrmengen abzubauen. Dazu müsste freilich Deutschland selbst mit seiner Handelspolitik ein gutes Beispiel geben. Die Vorgänge gegenüber Holland und Dänemark ermutigen freilich noch nicht zum Optimismus.

Devisenpolitisch ist die Lage leider noch nicht günstiger geworden. Der Ausfuhrüberschuss hat sich im Juli gegenüber Juni weiter von 90 auf 66

Millionen verringert. Eine Besserung der Exportlage zugunsten Deutschlands wäre unter dem Gesichtspunkt der ordnungsgemässen Zinsen= und Schuldenzahlungen Deutschlands ein dringendes Erfordernis.

SPD. In der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Preussenkasse) hat das von der "Deutschen Tageszeitung" erst am Freitag voriger Woche angekündigte personelle Ausräumen begonnen. Die "Deutsche Tageszeitung" schrieb am vorigen Freitag, dass aus der Preussenkasse "alle Klepper-Leute und seine Mitläufer restlos verschwinden müssen" und dass das den Junkern so unangenehm gewordene Betriebskontrollsystem unter Heranziehung von Landwirten der Vorkriegszeit (!) umgestellt werden müsse. Dr. Helferich, der sofort nach der Bildung der Papen=Regierung ernannte neue Präsident der Preussenkasse, hat der ihm zugemuteten personellen Reinigung offenbar nicht den geringsten Widerstand entgegengesetzt, obwohl er wissen muss, dass die Durchsetzung des Willens der Junker das ihm anvertraute Institut in seinen Grundlagen erschüttern wird.

Die Tatsache ist jedenfalls da, dass zwei verdienstvolle Mitglieder des Direktoriums der Preussenkasse, nämlich Direktor Possel und Direktor Dr. Lauffer Knall und Fall entlassen worden sind. Possel hat die landwirtschaftlichen Genossenschaften des Ostens und die gewerblichen Genossenschaften im Bereich der Preussenkasse betreut. Erst kürzlich hat er nach harten sachlichen Kämpfen sich bei wichtigen östlichen Hauptgenossenschaften nicht nur durchgesetzt, sondern auch ausdrückliche Vertrauensvoten erhalten. Die Vorstände des Deutschen Handwerks= und Gewerbekammertages und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks haben in Telegrammen an die Reichs= und Preussenregierung noch in den allerletzten Tagen Possel ihr Vertrauen erklärt und sein Belassen in der Preussenkasse verlangt. Auch die Verdienste von Dr. Lauffer, der an der Umstellung der Preussenkasse nach dem Abgang von Semper in hervorragender Weise beteiligt war, der das Osthilfereferat inne hatte und der in erster Linie auch für den Ausbau des agrarpolitisch so bedeutsamen Betriebskontrollsystems verantwortlich zeichnete, sind unbestritten.

Es ist lächerlich, wenn die Entlassung dieser beiden Direktoren, deren sachliche Berufenheit ausserhalb ihrer Diskussion steht, mit Sparmassnahmen begründet wird. Was hier vor sich geht, ist einfach das blinde Wirken der Junkerkamerilla und der Postenjäger des Landbundes. Der in der "Deutschen Tageszeitung" angekündigte Wille der Junker, die Preussenkasse restlos von den Junkern nicht genehmen Persönlichkeiten zu reinigen, wird einfach vollzogen. Andere Gründe als diese gibt es nicht.

Es ist gar kein Zweifel, dass der jetzt zutage tretende neue Kurs in der Preussenkasse nicht nur der ganzen Landwirtschaft, sondern auch der Preussenkasse selbst gefährlich werden wird. Es war die grosse Leistung der Preussenkasse, und an dieser Leistung waren neben Klepper auch die jetzt entlassenen Direktoren in hervorragendem Masse beteiligt, dass während der grössten Agrarkrise der Weltgeschichte das finanzielle Rückgrat des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens unerschüttert geblieben ist. Es war der grösste Fortschritt der deutschen Agrarpolitik, dass die Erkenntnis von den Ursachen der deutschen Agrarkrise in der Richtung verfeinert wurde, dass man zwischen den Krisenherden der östlichen Grossbetriebe der Landwirtschaft und der übrigen deutschen überwiegend bäuerlichen Landwirtschaft unterscheiden lernte. Daraus ergab sich freilich eine Politik, die es unmöglich machte, der Besitzerhaltung der Junker uferlose Subventionen zu opfern. Diese Erkenntnis soll und darf aber in der deutschen Agrarpolitik nach dem Willen der Junker fürderhin keinen Ausdruck mehr finden. Darum allein kam es zu dem jetzigen Skandal der Personalveränderungen in der Preussenkasse. Für die deutsche Agrarpolitik und für die deutsche Landwirtschaft ergeben sich daraus nur höchst unerfreuliche Konsequenzen.

SPD. Die von der englischen Regierung durchgeführte Konversion (Umstellung auf niedrigere Verzinsung) eines grossen Teils der englischen Kriegsanleihen scheint gelungen zu sein. Es sollten 2,08 Milliarden Pfund Sterling (nominell rund 41 Milliarden Mark) 5%ige Kriegsanleihe in 3½%ige umgewandelt werden. Dabei war vorgesehen, dass diejenigen Anleihebesitzer, die mit der Zinsherabsetzung nicht einverstanden waren, den Wert der Anleihe ausgezahlt erhalten sollten. Das Schatzamt teilt jetzt mit, dass die am 31. Juli abgeschlossene Konversion mit 1,85 Milliarden Pfund Sterling durchgeführt worden sei. Man rechnet mit einem Gesamterfolg von 90 %. Die jährliche Ersparnis für den englischen Haushalt durch die Zinssenkung wird auf 23,4 Millionen Pfund Sterling oder rund 460 Millionen Mark geschätzt. Die englische Presse spricht von einem überwältigenden unerwarteten Erfolg. Schatzkanzler Neville Chamberlain habe den Triumph der grössten Konvertierungsaktion der Finanzgeschichte zu verzeichnen. Chamberlain hat von der britischen Empirekonferenz in Ottawa eine Botschaft an das britische Volk gerichtet, in der er von der neuen Hoffnung spricht, die dieser grossartige Erfolg der englischen Finanzpolitik für die Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt bedeute.

SPD. Der konsumgenossenschaftliche Ernährungsindex (1926 = 100 gesetzt) zeigt für Juli 1932 einen Stand von 78,3 % gegenüber einem Stand des amtlichen Index von 78,8 %, sodass die konsumgenossenschaftliche Preisbasis auch jetzt noch günstiger ist.

Berliner Viehmarkt.

(16. August.)

SPD. Der Berliner Viehmarkt vom Dienstag zeigte geringe Kauflust der Abnehmer bei ausreichendem Angebot. Auf dem Rindermarkt blieb ein Ueberstand; die Preise gaben in allen Klassen nach. Der Kälbermarkt wurde geräumt. Die Preise blieben im wesentlichen unverändert. Auf dem Schweinemarkt wirkte sich in der Kauflust der Abnehmer die Hitze besonders nachträglich aus; für schwere fette Schweine war kaum Nachfrage vorhanden. Die Preise gingen in allen Klassen nicht unerheblich zurück.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund - (46 - 4), b) 240 bis 300 Pfd. 43 - 45 (46 - 47), c) 200 bis 240 Pfund 44 (45 - 47), d) 160 bis 200 Pfund 41 - 42 (43 - 45), e) 120 bis 160 Pfund 37 - 39 (38 - 41), Sauen 38 - 40 (41-43). Schafe: a) 30 30 - 32 (31 - 33), b) 32 - 33 (32-35), c) 28 - 30 (28-30), d) 17 - 27 (17 - 27). Kälber: b) 42 - 49 (42 - 49), c) 35 - 43 (35- 42), d) 20 - 33 (20-32), Kühe: a) 23 - 26 (25-28), b) 20-23 (22-24), c) 16 - 20 (17-21), d) 10 - 15 (12-16).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 16. August. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I, Qualität 103, II. 93, abfallende Sorten 86 RM je 50 kg. Tendenz: etwas freundlicher.

Weiter flau.

(Berliner Getreidebörse vom 16.August.)

SPD.Auch am Dienstag war an der Berliner Produktenbörse das Angebot an Weizen und Roggen nicht gross. Andererseits hielt sich aber auch die Kauflust in engen Grenzen. Für Roggen machten sich umfangreichere Stützungskäufe bemerkbar, welche den Preisen einen gewissen Auftrieb gaben. Infolgedessen konnte die Notiz am Promptmarkt für Roggen unverändert bleiben, während sich am Markte der Zeitgeschäfte besonders für die späteren Sichten leichte Preiserhöhungen ergaben. Weizen fand zwar auch in einigen Mengen Aufnahme bei den Mühlen, jedoch blieb hier die Stimmung schwach. Die Preise gingen erneut zurück und zwar für prompte Ware um 2 Mark, am Markte der Zeitgeschäfte um durchschnittlich 1½ Mark.Am Mehlmarkt hat sich keinerlei Belebung gezeigt. Das Geschäft ist weiter sehr ruhig und es zeigt sich nur Kauflust für den aller dringendsten Bedarf. Die Forderungen der Mühlen lauten unverändert, jedoch zeigen sie sich zu Entgegenkommen bereit, sofern ernsthafte Käufer auftreten. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war im allgemeinen klein. Nach altem Hafer zeigte sich etwas stärkere Kauflust. Die Preise waren unverändert.

	15.8.	16.8.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	204 - 206	202 - 204
Roggen	158 - 160	158 - 160
Futter- und Industriegerste	158 - 167	158 - 167
Hafer	136 - 145	136 - 145
Weizenmehl	27,75-31,50	27,25-31,25
Roggenmehl	22,25-24,25	22,10-24,10
Weizenkleie	11,00-11,30	10,90-11,20
Roggenkleie	9,40- 9,60	9,20- 9,40

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 218-218½ (220¼), Oktober 219-219¼ Geld (220¾), Dezember 220-221-220½ (221¼). Roggen September 169-169½, (169½), Oktober 170½-171 (170¾), Dezember 173-174½ (172¾). Hafer September 142-142½ (141¾), Dezember - (145)

Rauhfutternotierungen.

(16.August)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM -,65 - -,85
" Weizenstroh "	" -,50 - -,65
" Haferstroh "	" -,50 - -,65
" Gerstenstroh "	" -,50 - -,65
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	" -,65- -,85
Bindfadengepresstes Roggenstroh	" -,50 - -,60
Häcksel	" 1,20 - 1,55
Tendenz matter	
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	" 1,30 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken	" 1,75 - 2,05
Luzerne, lose	" 2,05 - 2,35
Thymothee, lose	" 2,10 - 2,40
Kleeheu, lose	" 2,[illegible] - 2,30
Drahtgepresstes Heu	" -,40 üb.Notiz.